

Am 12.08.2014 gingen die Friedensverhandlungen in Havanna in die nächste Runde.
Das Wochenmagazin SEMANA fragt am 11.08.2014:

Wird der Friedensvertrag noch dieses Jahr unterschrieben oder nicht?

Der Friedensvertrag mit der FARC wird noch in diesem Jahr unterzeichnet. Das verkündete der inzwischen wiedergewählte Präsident Juan Manuel Santos im Wahlkampf und unterstrich diese Aussage bei der konstituierenden Sitzung des neugewählten Kongresses. Dies weicht beträchtlich ab von der Position der Guerrilla.

Der oberste Befehlshaber dieser Gruppe, Rodrigo Londoño alias „Timochenko“, erklärte in einem Interview mit dem Internet-Portal der FARC, die Zeit reiche einfach nicht aus, um noch 2014 zu einem Abkommen zu gelangen.

Er argumentierte, die eingesetzte historische Kommission, deren Aufgabe es ist, die Ursachen des bewaffneten Konflikts in Kolumbien zu analysieren, habe vier Monate Frist bis zur Vorlage ihres Berichts, werde aber erst am 21. August ihre Arbeit aufnehmen.

Diese Kommission stellt einen Teil des Punkts 4 der Agenda dar, der von den Opfern handelt und dessen Behandlung am 12.8.2014 in Havanna beginnt.

Hinzu kommt noch Punkt 5 über das Niederlegen der Waffen und Einstellung der Gewaltanwendung auf beiden Seiten. „Das ist kein einfacher Punkt“, sagt Timochenko.

Bei den bereits vereinbarten Punkten Agrarreform, politische Beteiligung und Illegale Drogen lagen die Standpunkte beider Seiten nicht gar zu weit auseinander, aber im Fall der Feuereinstellung sind sie völlig konträr.

Die FARC vertritt die Ansicht, eine Einstellung aller militärischen Aktionen müsse sofort stattfinden, während die Regierung genau gegensätzlich handelt. „Es gibt keine Feuereinstellung, sondern die militärische Offensive geht weiter, bis der Friedensvertrag unterschrieben wird“, sagte Santos im Mai dieses Jahres.

Aber nicht allein die ausdrücklich in der Agenda enthaltenen Punkte sind Gegenstand der Diskussionen zwischen Regierung und Guerrilla. Auch die gesetzliche Übergangsregelung für den Friedensprozess entzweit beide Seiten.

In der ersten Augustwoche hat das Verfassungsgericht den vorläufigen Rechtsrahmen für verfassungsgemäß erklärt, den die Regierung vorgeschlagen hatte, um den Demobilisierten den Einstieg in die Politik zu ermöglichen. Dies macht z.B. für Guerrilleros der FARC den Weg frei, für den Kongress zu kandidieren, ebenso wie Agenten des Staates, sofern sie keine Verbrechen gegen die Menschlichkeit oder systematischen Völkermord begangen haben.

Aber am vergangenen Dienstag lehnte die Guerrilla erneut den Rechtsrahmen ab, weil dieser niemals bei den Verhandlungen in Havanna besprochen worden sei.....

Diese Äußerungen der FARC sind Vorläufer der Diskussion über die Opfer, die an diesem Dienstag beginnt, und sie tragen der Tatsache Rechnung, dass es komplexe unterschiedliche Haltungen zu verhandeln gilt.

Hinzu kommen die Differenzen unter den Opfern selbst, insgesamt 6-7 Millionen Personen.

Unterschiedliche Organisationen und Personen, die direkt unter dem Konflikt gelitten haben, diskutierten während der letzten Monate, wer ihre Vertreter in Havanna sein sollten. Die erste Gruppe wird am 16. August nach Havanna reisen, um am Verhandlungstisch zu berichten.

Trotzdem ist es möglich, den Verhandlungsprozess zu beschleunigen mithilfe der Unterkommissionen, die parallel arbeiten werden. Die eine ist die Kommission zur Untersuchung der Ursachen des Konflikts, und die andere wird sich beschäftigen mit möglichen Vereinbarungen zur Waffenruhe und Niederlegung der Waffen.

Es ist sicher, dass es nicht leicht sein wird, alle Erwartungen zu erfüllen und in allen drei ausstehenden Punkten Einigung zu erzielen in Rekordtempo in nur fünf Monaten bis Jahresende 2014.